

Invalidenfürsorge.

Die verschiedenen Projekte zur Verbesserung des traurigen Loses der Invaliden beruhen alle auf den mächtigen Mitteln der österreichisch-ungarischen Monarchie, bleiben aber durch den Ausgang des Krieges nur zum kleinsten Teil durchführbar. Setzt geht jeder der neugebildeten Nationalstaaten daran, seine Invaliden zu versorgen, und gerade Deutschland, dessen Wirtschaftsleben wohl die größten Erschütterungen durchgemacht, muß ehestens versuchen, dieses wichtige Problem nach vielen Nüchternungen bei der bedauernden Opfer wie auf die artritteten Staatsfinanzen zu lösen. Im Hinblick auf den Rohstoffmangel im Gewerbebetrieb scheint die Ansiedlung auf dem flachen Lande im allgemeinen als die derzeit geeignetste Art der Fürsorge. Im folgenden sei nun versucht, zu den hieran vorliegenden Projekten einige zeitgemäße Vorschläge zu fügen, die vielleicht auch auf das in Beratung stehende Invalidengesetz ihren bescheidenen Einfluß zu üben vermögen.

Für die Landausiedlung kommt vor allem das große Heer der mit tuberkulose befallenen Invaliden in Betracht. Anstatt nun die Tuberkulosen, wie dies von der Militärverwaltung geschehen ist, in oft jämlich unangelegenen Ubitationen zu kasernieren, sollte man sie, soweit dies noch nicht der Fall ist, zwecks späterer Ansiedlung zunächst in verschiebenen, auch bei geschwächter Gesundheit auszuübenden Zweigen der Landwirtschaft ausbilden. Um schon im kommenden Frühjahr den Anbau reicherer Kulturen vorzunehmen, müßte die kurze Zeit,

die bis dahin zur Verflügung steht, intensiv ausgenutzt werden.

Zu einem weitreichenden Ausbau der bereits bestehenden landwirtschaftlichen Kurse für Invaliden drängen aber gerade die landwirtschaftlichen Einrichtungen, die bei den meisten Kruppentruppen bekanntlich zur Versorgung der Offiziere und der Mannschaften geschritten wurden. Außer dem Gemüse- und Kartoffelbau wurde Milchwirtschaft, Schweine-, Geflügel- und Kaninchen-, überkauf Kleinierwirtschaft betrieben. Hier findet sich gedünnter Boden, Mistbeete und Masshäuser, landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge sowie Bewässerungsanlagen und lauzende Sämereien, die angesichts der stärkeren Verschaffensmöglichkeit für die kommende Anbauzeit doppelt wertvoll sind. Bei der Überholten, loslosen Demobilisierung dürften aber viele dieser Materialien verschleudert und verschleudert worden sein, doch würde es sich sicher lohnen, die immerhin noch bedeutenden Reste zu retten. Gestützt auf diese Einrichtungen, könnte man den vielen derzeit in Wien wohnenden Invaliden Gelegenheit geben, in den zahlreichen in Wien und Umgebung bestehenden Truppenunterkünften eine landwirtschaftliche Ausbildung zu erlangen, ohne daß man sie von ihrer Familie trennt.

Die so auch während der Schulung verorgenen Invaliden noch erfolgter Auszubildung auf dem flachen Lande ananzubehin, wäre die nächste Aufgabe des Staatsamtes für soziale Fürsorge. Im eigenen Währungsstreite oder durch das Staatsamt für öffentliche Arbeiten gilt es dann, die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe verhältnismäßig billig und rentabel einzurichten, zu welchem Zwecke die durch die Auflösung der Armee frei gewordenen unverwertbaren Sachgüter

gleich bei der Liquidierung entweder unentgeltlich oder mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung gestellt werden müßten. Um dem Staat hierbei von vornherein jede neue Belastung zu ersparen, sei hier der Vorschlag gemacht, an Stelle der mit dem Aufheben der Militärpflicht zweifellos entfallenden Militärära von den sonst im wesentlichen älteren stehenden Personen einen ihrem Einkommen entsprechenden Beitrag für die Invalidenfürsorge einzuzahlen.

Die Bereitstellung von Grund und Boden beansprucht allerdings eine großartige Aktion, deren Gelingen aber in den Besitzverhältnissen gänzliche Bedingungen findet. Man hört jetzt allenthalben das Schloßwort der Grundentseignung, wobei besonders an die Aufteilung der in einer Hand befindlichen großen Güter gedacht wird. Doch sollte man nicht auf das Recht dieser Bewegung warten, sondern auf ähnlichem Wege Großgrundbesitzer, geistliche Stifte und reiche Landgemeinden dazu bewegen, einen Teil ihres Grund und Bodens der Invalidenbeimittelfürsorge entweder schonungslos oder gegen Entrichtung eines billigen Anzweckungssummes für die Popularisierung solcher Widmungen würde eine zu ersinnende Verordnung sehr wirksam sein, derzufolge die Unerschöpflichkeit derartiger Zuwendungen in die wohl unausschließliche Verwendung einwand, daß die notwendigsten landwirtschaftlichen Vorbereitungen und endloser Verhandlungen ein Verlangen des Proletts befriedigen lasse, ist in diesem Falle nicht möglich. Denn man vermag hierbei auf die völlig vorbereitete und schon zum Teil in die Tat umgesetzte Invalidenbeimittelfürsorge des normaligen Invalidenfonds des Kriegsfürsorge-

amtes, beziehungsweise des Karl-Friedrichs-Fonds zu greifen. Die gewöhnlichen Wege einzureisen, die ihr im gewöhnlichen Wege eingekannt sind, kommen der Aktion natürlich weiter argente. Um einzeln müßte sich das Staatsamt für soziale Fürsorge unter Mitwirkung der zahlreichen bestehenden Invalidenfonds, die über nicht unbedeutende Geldmittel verfügen, an die Städte und Landgemeinden wenden, damit diese Anstaltung planmäßig und rationell erfolgen kann.

Schließlich sei noch der Anregung gedacht, einen Teil der Subsidien für die Invalidenfürsorge auszubilden, die in dem wasserreichen Österreich zu großem Aufschwung gelangen könnten. Nach dem Wegfall des böhmischen Fischsanges muß man bestrebt sein, im Inland die Produktion dieses wichtigen und beehrten Nahrungsmittels zu heben, wobei sich zahlreiche Subsidien eine lohnende Erwerbsmöglichkeit bietet. Mit der Anlage von Teichen müßte gleich begonnen und im Anschluß an das Projekt zur Ausnützung der Wasserkräfte auf die Anlage weiterer Teiche Rücksicht genommen werden, so daß statt der Zahlung der die Staatsfinanzen schädigenden Arbeitslosenunterstützung und an Stelle von Wohlstandsbauten diese Erdbarbeiten in der Nähe von Wien (Wobau) und in den in Betracht kommenden Städten durchgeführt werden sollen.

Auf den ersten Blick mag es den Anschein zu haben, als dürfte diese ganze Aktion durch die Abwertung des Proletariats und die Verbesserung der Approximation in ihrer Mannigfaltigkeit hauptsächlich in Interesse Wiens und der größeren Städte liegen, wogegen den Landgemeinden neben den weniger großen Vorteilen weniger an hauptächlich Opfer zugemutet werden. Daß dies nicht der Fall ist, muß jedem, der in diesem Angelegenheiten, nicht begründlich sein, wenn die Städte gründlich und mit Verständnis angehoft wird.

Dr. Josef Stunsh.